

Der Neubau Preußens von Alfons Steiniger

Die ernsthaften Menschen aller Parteien und Gruppen sind sich einig in dem Wunsch, die dumme und verdummende Hetze im politischen Kampf, im staatlichen Leben durch sachlich erprobte Leidenschaft zu ersetzen. Trotzdem ist der Ruf nach dem Sachverständigen in Deutschland eine parteipolitisch anrühige Forderung geblieben, der sich viele Verständige versagen. Warum? Weil hierzulande der Sachverständige entweder ein spitznäsiger, unhöflich bornierter, kurzsichtiger Bürokrat ohne Gemeinschaftsgefühl ist, oder ein schlauer, diplomatisch glatter und hinter der Theorie versteckter Obmann irgendwelcher schwarzer Interessen. Der Typ, dessen Träger Wissen und Wollen, sachliche Strenge und aktivistische Kraft in sich vereint, ist erstaunlich selten. Im Wesentlichen haben wir den Zustand, daß die tüchtigen, doch bürokratisch bornierten Verwaltungsfachleute als Politiker amtieren und die Politiker, deren besonderer Sachverstand selten auffällt, in den Behörden arbeiten. Tatsächlich sind bei uns die Oberbürgermeister Reichskanzler und die Parlamentarier Oberpräsidenten in der Provinz. Man kann diesen Zustand, wenn man höflich ist, paradox nennen.

Die Kritik allein tuts aber nicht. Die Frage ist: Wie kann man diesen Zustand ändern? Ziel muß sein: die Gewinnung möglichst vieler sachlich hochqualifizierter Menschen mit nüchternen, aber unerbittlicher reformatorischer Leidenschaft. Es kommt für eine gute Verwaltung der Länder und des Reichs in allen ihren Teilen darauf an: den Typ dieses neuen Führers zu erziehen. Gewiß läßt sich eine solche Menschenart nicht durch Systeme züchten, nicht durch gutes Zureden und nicht durch feierliche Leitartikel. Aber Einiges kann eine vernünftige, ernste Presse und eine große, radikale Verwaltungsreform doch erreichen. Wenn ein paar bedeutende und verantwortungsbewußte Blätter sich entschließen könnten, ihre Leser nicht nur mit unterhaltsamen oder streithaften Glossen zu den Vorgängen zu beschäftigen, sondern sie durch einen regelmäßigen und tiefgreifenden sachlichen Aufklärungsdienst in die Schule zu nehmen, dann wäre die Vergeistigung und Entgiftung des unentbehrlichen Prinzipienkampfes angebahnt, dann wäre der Sachverständige aus seinem Spezialistenstübchen heraus und ins bunte Leben mitten hinein gerissen. Und wenn eine wirkliche, an die Wurzel greifende Reform unsrer verzopften und verfilzten Verwaltung durchgeführt würde, dann ließe sich dieser und jener aktivistische Kopf gewiß anlocken, in der Verwaltung mitzuarbeiten, die ihm heute wie eine mehr schlecht als recht funktionierende und veraltete Exekutivmaschine im Dienst mannigfacher Ungerechtigkeit erscheinen muß.

Aber auch hier ist halbe Arbeit schlimmer als gar keine. Entweder man entschließt sich zu einer gradezu revolutionären Reform rundum in der preußischen Verwaltung, oder man läßt Alles so lange gehen, bis es von selber stillsteht. Ein Reförmchen wäre demagogischer Betrug und objektiv: Desorganisation. Wie die Republik durch Mangel an Radikalismus erreicht hat, daß ihre Begründer auf sie spucken und und ihre Feinde sie mißbrauchen, so wird auch eine kleine oder halbe Verwaltungsreform Keinen erfreuen, Alle ärgern und dem Ganzen schaden.

Lange Zeit hat man trotzdem versucht, ein kleines Kleisterwerk zuwege zu bringen, um den Reformschreiern den Mund zu stopfen — unter dem Vorwand, zu Größerm, Grundsätzlicherm (also zu radikaler Sparpolitik) sei das Geld nicht da, und außerdem bessere man nicht die Zimmer aus, wenn das Haus wackle. Das zieht zum Glück nicht mehr. Und jetzt endlich hat Severing die Initiative ergriffen und dem Landtagsausschuß zwar nur persönlich verbindliche, aber sehr brauchbare Grundlinien für eine große Verwaltungsreform vorgelegt. Wenn das Reformwerk ein großes preußisches Verwaltungsgesetzbuch (VGB) mit zehn bedeutenden Einzelgesetzen und damit Licht und Luft in den bürokratischen Wust bringen sollte, dann würde die Verwaltungspraxis allmählich Übersicht und Sinn bekommen nicht nur für den Techniker und Spezialjuristen, sondern für Alle, an die sie herankommt: für das preußische Volk.

Es muß gelingen, mit dem Inkrafttreten des endgültigen Finanzausgleichs, der den Selbstverwaltungskörpern Bewegungsfreiheit und Lebensmöglichkeit gewährt, gleichzeitig die Reformgesetze wirksam werden zu lassen. Ihr Sinn, der hier zunächst nur angedeutet werden kann, muß sein: die Schaffung eines organisch gebauten Staates, der von engern zu immer weitern Gemeinschaften aufsteigt. Tatsächlich setzt sich die Republik Preußen doch so zusammen, daß aus den engsten Kommunalverbänden die weitem hervorwachsen als Glieder des ganzen Staatskörpers. Es entspricht daher dem Körperbau des preußischen Staates, wenn man die mittlern Körperschaften: also die Provinzen, gewissermaßen die Herzkammern des Staates, zu Dem macht, was sie sind: zu Lebensträgern und Überwachungszentren der untern Gebilde im Sinn des ganzen Zellenbaus. Das bedeutet die Entscheidung für die nahezu ausschließliche Stärkung des Mittlers zwischen Minister und Kommunalvertreter: des staatlichen Obmanns der Provinz.

Dies ist denn auch der Punkt, an dem die ganze Verwaltungsreform hängt. Soll wirklich eine nicht-mechanische — wie der zahlenmäßige Beamtenabbau —, sondern eine organische Sparpolitik, eine Neukonstruktion des Staatsganzen in der Verwaltung unter dem Motto: Klarheit, Einfachheit, Einheitlichkeit, Freiheit verwirklicht werden, so muß der erste Mann in der Provinz der eigentliche Träger der preußischen Verwaltung

werden. Und die Frage ist nur, ob hierfür die einzelnen Regierungspräsidenten gewählt werden sollen oder der die ganze Provinz überblickende staatliche Oberpräsident. Wer hundert Jahre preußischer Praxis nutzen will, wer die jüngste geschichtliche Entwicklung der großgewordenen provinziellen Wirtschaftskörper und ihre allmählich herangewachsene landmannschaftliche Vereinheitlichung anerkennen will, der muß sich für den Oberpräsidenten entscheiden.

Diese Entscheidung hat dann sofort für die ganze Richtung der Reform ihre maßgeblichen Rückwirkungen: denn sie ist technisch unmöglich ohne eine weitgehende Dezentralisation und Dekonzentration der Verwaltung in die Kreis- und Lokalinstanz — die Bezirksregierungen fallen dann ja weg — und sie ist menschlich unmöglich, wenn das Dutzend entscheidender Oberpräsidenten nicht jenem neuen Führertyp angehört, dem überhaupt die Staatsgeschicke anvertraut werden sollten. Wer Das erkennt, erkennt den Sinn der Verwaltungsreform, die nichts Geringeres ist als ein Neubau Preußens.
